



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Verwaltungsgerichtsbarkeit
Az.: 085-5/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

18. März 2015

Rundschreiben Nr. 167/2015

Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2014

Kurzfassung:

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2014 veröffentlicht. Der Bericht enthält neben einem Überblick über die aktuelle Geschäftslage in der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen, die im Jahr 2014 getroffen wurden sowie eine Vorschau auf Verfahren, welche im Jahr 2015 entschieden werden sollen.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt hat den Jahresbericht für die Verwaltungsgerichtsbarkeit für das Geschäftsjahr 2014 (**Anlage**) veröffentlicht.

In einem einführenden statistischen Teil bereitet der Geschäftsbericht die Geschäftsentwicklung in den Verwaltungsgerichten sowie im Oberverwaltungsgericht im Jahr 2014 auf.

Bei den Verwaltungsgerichten Halle und Magdeburg sind im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 6.925 Verfahren neu eingegangen. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 um ca. 1.400 Verfahren (25 %). Diese Zunahme der Eingänge resultiert vollständig aus dem Bereich der Asylverfahren. Waren im Jahr 2013 noch 1.191 Neueingänge im Bereich der Asylverfahren zu verzeichnen, so waren es im Geschäftsjahr 2014 bereits 2.834 neue Verfahren. Damit hat sich im Bereich Asyl die Anzahl der Hauptsacheverfahren verdoppelt (von 829 auf 1.675 Verfahren), in den Asyl-Eilverfahren mehr als verdreifacht (von 362 auf 1.159 Verfahren).

Beim Oberverwaltungsgericht fallen die Asylverfahren (31 Eingänge) in der 2. Instanz kaum ins Gewicht.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.komsanet.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Die steigenden Eingangszahlen führen insgesamt zu einer leichten Verlängerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer. Diese betrug 2014 für

- allgemeine Klageverfahren 10,4 Monate
- allgemeine Eilverfahren 2,7 Monate
- Asylklageverfahren 7,6 Monate sowie
- Asyleilverfahren 0,8 Monate.

Im Anschluss erfolgt eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Geschäftsjahr 2014 sowie ein Ausblick auf das Geschäftsjahr 2015.

Aus unserer Sicht sind dabei insbesondere folgende Entscheidungen hervorzuheben:

- Solaranlage einer Gemeinde (nicht rechtskräftig), Seite 22,
- Schließung einer Grundschule, Seite 25,
- Erhebung von Elternbeiträgen für die auswärtige Kinderbetreuung durch die Wohnsitzgemeinde (nicht rechtskräftig), Seite 28,
- vorläufiges Rechtsschutzverfahren gegen Verbot der Führung der Dienstgeschäfte erfolgreich, Seite 29,
- Rechte von Fraktionen in kommunalen Vertretungen, Seite 29,
- Bekanntmachung von kommunalem Satzungsrecht, Seite 29 und
- Haushaltskonsolidierung und kommunalaufsichtliche Maßnahmen, Seite 30.

Der vollständige Geschäftsbericht für das Jahr 2014 sowie die Berichte für die Vorjahre können im Internet auf der Homepage des Oberverwaltungsgerichtes unter

www.ovg.sachsen-anhalt.de

unter der Rubrik „Themen“ abgerufen werden.

Außerdem steht seit Beginn des Jahres 2015 eine Rechtsprechungsdatenbank unter der Internetadresse

www.landesrecht.sachsen-anhalt.de

zur freien Recherche aller seit dem Jahr 2010 veröffentlichten Entscheidungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt zur Verfügung.



Theel

Anlage

(**nur** digital in unserem verbandsinternen Internetangebot unter „Rundschreiben“)